Pressemitteilung

Versorgungslücken für Patient*innen von postinfektiösen Erkrankungen wie Long COVID und ME/CFS endlich wirksam schließen

Berlin, 07.05.2026: BDP-Delegiertenkonferenz beschließt Resolution mit einer klaren Forderung an die Politik sowie Selbstverwaltungsorgane im Gesundheitswesen und weitere beteiligte Institutionen, die Unterstützungsbedarfe für Personen, die unter den Folgen von Long-COVID, Post-COVID, Post-Vac-Syndrom (PVS) und Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) leiden, den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen.

Der Alltag Betroffener ist meist massiv eingeschränkt. Neben ausgeprägter körperlicher Erschöpfung und Belastungsintoleranz (Post-Exertional Malaise) leiden zahlreiche Patient*innen unter schweren neurologischen und sensorischen Symptomen. Eine ausgeprägte Überempfindlichkeit gegenüber Reizen wie Licht und Geräuschen erschwert die Bewältigung selbst minimaler Alltagsanforderungen. Viele Erkrankte sind über lange Zeiträume arbeitsunfähig, manche dauerhaft pflegebedürftig und auf weitgehende Abschirmung angewiesen. Die Folgen für Lebensqualität, soziale Teilhabe und psychische Gesundheit sind gravierend. Häufig kommt es zu sozialem Rückzug und Isolation, verlässliche Perspektiven für eine Berufs- und Lebensplanung fehlen.

Laut einer gemeinsamen Studie der Stiftung ME/CFS Research Foundation und Risklayer aus Mai 2025 leiden rund 1,4 Millionen Menschen an Long-COVID und der damit verwandten Multisystemerkrankung ME/CFS. Ein enormer Wirtschaftsfaktor für den Standort Deutschland – die Gesamtkosten im Jahr 2025 beliefen sich laut der Studie auf rund 64,4 Milliarden Euro, was 1,44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Neben medizinische Behandlungen und Unterstützungsleistungen, zählen auch Produktivitätsausfälle und Folgekosten die psychosoziale Begleitung dazu.

Dennoch gibt es für die rund eineinhalb Millionen Betroffenen in Deutschland trotz ausreichender Erkenntnisse aus der medizinischen Forschung immer noch erhebliche Defizite bei der Diagsnosik und keine wirksame, zugelassene Therapie. Es besteht eine große Lücke zwischen wissenschaftlichem Erkenntnisstand und der realen Versorgungspraxis. Die daraus resultierenden und vermeidbaren Fehldiagnosen erschweren den Zugang zur dringend benötigten spezialisierten Versorgung und erhöhen das Risiko einer Chronifizierung.

Aus Sicht des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) ist es höchste Zeit zu handeln. Es braucht dringend einen Transfer aktueller Forschung in die Praxis. Erkenntnisse über Krankheitsmechanismen, Verläufe, spezielle Risiken sowie geeignete Behandlungsansätze sollten zeitnah und bundesweit in eine leitlinienorientierte Diagnostik und Therapie einfließen, um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Auch bedarf es einer Beschleunigung bei Zulassungsverfahren für Therapien und wirksame Medikamente sowie Weiterbildungsmaßnahmen.

Auch aus psychologischer Perspektive besteht Handlungsbedarf. Psychologische und psychotherapeutische Hilfeleistungen spezialisierter Fachkräfte können Betroffene bei der Bewältigung der psychosozialen Folgen unterstützen, ohne chronisch-somatische Krankheitsverläufe zu

psychologisieren. Wichtig wäre der Ausbau eines niedrigschwelligen bundesweiten Beratungs- und Unterstützungsangebots, das Betroffenen hilft und Aufklärung leistet, um eine weitere Bagatellisierung und Fehleinschätzung im Zusammenhang mit postinfektiösen Erkrankungen zu vermeiden.

Die Versorgungslücken bei Patient*innen mit postinfektiösen Erkrankungen bedeutet nicht nur eine enorme Belastung für das Gesundheitssystem und den Wirtschaftsstandort Deutschland, sie ist vor allem auch eine Frage der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit und Patient*innensicherheit. Der BDP appelliert an die Entscheidungstragenden in der Politik und im Gesundheitswesen zu handeln. Für eine evidenzbasierte und patient*innenorientierte Entwicklung von Versorgungskonzepten und Fortbildungsmaßnahmen steht der Verband mit seiner Expertise zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartnerin:
Bettina Genée
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Phone: +49176 58868222
Mail: presse@bdp-verband.de